

Keine Utopie: Wegen der Baustelle am westlichen Kopf und halbseitiger Sperrung fahren derzeit kaum Autos auf der Römerbücke.

FOTOS (2): ROLAND MORGEN

## Grüne und Linke scheitern in einer turbulenten Stadtratssitzung mit ihrer Forderung, die Brücke vorher testweise für motorisierten Individualverkehr zu sperren.

VON ROLAND MORGEN

TRIER Zurück an angestammter Tagungsstätte: Triers Stadtrat tagte nach der vorübergehenden Auslagerung in die Europahalle am Dienstagabend erstmals wieder im Rathaussaal. Von Normalität aber keine Spur. Drinnen zusätzliche Tische und Plexiglaskabinen und somit kein Platz für Presse und Besucher, die im Foyer die Sitzung per Livestream des Offenen Kanals verfolgen konnten.

Erst mit 25 Minuten Verspätung ging es los: OB Wolfram Leibe verpflichtete Bernd Schulz (AfD) als neues Ratsmitglied. Schulz rückt für Cornelia Doeschl nach, die ihr Mandat zum 31. August niedergelegt hat.

Bis zum Sitzungsbeginn verging einer weitere Stunde. Erst musste die Zulässigkeit von Anträgen unter anderem zum Exhaus und zur Flüchtlingssituation in Moria, die von Ratsfraktionen kurzfristig eingebracht worden waren, geklärt werden. Da hatte sich schon längst abgezeichnet, dass das Pensum der Sitzung (rund 40 Tagesordnungspunkte allein im öffentlichen Teil) nicht annähernd zu schaffen ist. Der Rest der Tagesordnung soll nun am Dienstag, 6. Oktober, abgearbeitet werden.

Breiten Raum nahmen am Dienstagabend zwei Gemeinschaftsanträge der Grünen und der Linken ein. Zunächst wurde trotz grundsätzlicher Einigkeit über die Bedeutung des Themas nach kontroverser Diskussion mit großer Ratsmehrheit beschlossen, den Antrag "Hitzesommer: Maßnahmenkatalog zur Linderung der Klimafolgen in der Stadt Trier" in den Dezernatsausschuss IV zu verweisen. Tenor: "Da kommen wir bei diesem wichtigen Thema besser voran" – und das nicht zuletzt in Sachen Finanzierung. Denn,

das wurde mehrfach kritisiert ("Wer soll das bezahlen?"): Zu Kosten etwa für die Umgestaltung von Freiflächen und Plätzen zu "dezentralen Schattenräumen" oder der Aufstellung weiterer öffentlicher Trinkwasserspender gibt der Antragstext keine Auskunft.

Noch emotionaler wurde die Diskussion, als es um die ebenfalls von Grünen und Linken angestrebte "Testphase zur Aufwertung der Römerbrücke" ging. Konkrete Forderung: eine einjährige Pilotphase, in der die zum Unesco-Weltkulturerbe

gehörende älteste Brücke Deutschlands für motorisierten Individualverkehr gesperrt wird und ausschließlich Fußgängern, Radfahrern sowie Linienbussen und Taxen vorbehalten bleibt.

"Wenn nicht jetzt, wann dann?", versuchte Bernhard Hügle (Grüne) mit Hinweis auf die aktuelle Teilsperrung das Ansinnen schmackhaft zu machen. Haupt-Gegenargument: Die Römerbrücke komplett abzukoppeln, bewirke lange Staus an den Moselufer-Strecken. Christiane Probst (UBT) sprach gar von einer Bevormundung und versuchter Umerziehung mündiger Bürger. Dominik Heinrich (Grüne) konterte: Auch die Fußgängerzone sei seinerzeit vom Stadtrat gegen große Widerstände in der Bevölkerung beschlossen worden. Er forderte Mut, sich von überalterten Konzepten zu

Vergeblich. Mit 32 Nein-Stimmen (gegen 17-mal Ja) wurde der Antrag abgelehnt. Zuvor hatte, wie Ortsvorsteher Marc Borkam (SPD) berichtete, der Ortsbeirat Trier-West/Pallien sich mit großer Mehrheit gegen eine Sperrung ausgesprochen.

Somit bleibt es bei dem, was der Stadtrat 2015 beschlossen hat: Die autofreie Römerbrücke kommt frühestens 2025.



Unter Corona-Bedingungen an angestammtem Platz: Die erste Sitzung des Trierer Stadtrates nach der Rückkehr aus der Europahalle.